

## **ORH-Bericht 1999 TNr. 17**

### **Einsatz eines Materialwirtschaftsverfahrens beim Polizeiverwaltungsamt**

#### **Jahresbericht des ORH**

Obwohl die materialbewirtschaftenden Aufgaben des Polizeiverwaltungsamts ordnungsgemäß und wirtschaftlich nur mit Hilfe eines IT-Materialwirtschaftsverfahrens bewältigt werden können, steht dem Polizeiverwaltungsamt selbst zehn Jahre nach der Einrichtung einer Projektgruppe und bisherigen Kosten von über 4 Mio DM noch immer kein funktionierendes Materialwirtschaftsverfahren zur Verfügung. Wegen der fehlenden Automationsunterstützung konnten nicht einmal die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Bestandsprüfungen durchgeführt werden. Nunmehr sollen dem Polizeiverwaltungsamt die materialbewirtschaftenden Aufgaben vollständig entzogen werden.

#### **Beschluss des Landtags** vom 21.3.2000 (Drs. 14/3205 Nr. 2 b)

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag über den Stand der Einführung eines geeigneten IT-Materialwirtschaftsverfahrens bis spätestens Anfang 2001 einen Bericht zu erstatten und ein entsprechendes Verfahren bis spätestens 1.1.2002 einzuführen.

#### **Stellungnahme des StMI** vom 6. Februar 2001 (IC1-0756.99.0)

Das Staatsministerium hat Anfang März 2000 dem Landeskriminalamt den Projektauftrag erteilt, ein dv-gestütztes Warenwirtschaftssystem für die Bayerische Polizei zu beschaffen. Das Projekt trägt den Namen „Marktplatz der Bayerischen Polizei“ und umfasst nicht nur die vom ORH geforderte Bestandsverwaltung und Inventarisierung, sondern auch die Bereiche Beschaffung, Instandsetzung, Vorgangsverwaltung, Finanzverwaltung (einschl. Schnittstelle zum Mittelbewirtschaftungssystem) sowie Controlling. Das Fachkonzept wurde durch einen Dienstleister erstellt und Ende Oktober 2000 fertiggestellt und abgenommen. Mit der Durchführung der Ausschreibung, die bis spätestens Juli 2001 abgeschlossen sein soll, wurde ein weiterer

Dienstleister beauftragt. Danach wird die Software an die gestellten Anforderungen angepasst, was etwa neun Monate dauern wird. Vorgesehen ist, nach einem Testlauf und der Abnahme das System ab Mitte 2002 bei einem Polizeipräsidium im Pilotbetrieb einzusetzen.

**Anmerkung des ORH**

In der Sitzung des staatlichen Koordinierungsausschusses Informations- und Kommunikationstechnik am 6. Februar 2002 ist dem ORH bekannt geworden, dass die Bayerische Polizei die durchgeführte Ausschreibung wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben und im Oktober 2001 für 2,56 Mio € eine Softwarelösung erworben hat, die auch von der Polizei Nordrhein-Westfalens eingesetzt wird. Nach Fertigstellung und Abnahme eines Modellpiloten sollte die Anwendung ab 1. Januar 2003 im Produktivbetrieb beim Polizeipräsidium Mittelfranken eingesetzt werden. Die Übernahme bei anderen Polizeiverbänden soll im Anschluss erfolgen.

**Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

vom 11. Februar 2003

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag bis 31. Oktober 2003 über den Stand der Einführung des IT-Materialwirtschaftsverfahrens sowie über die Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit zu berichten.

**Stellungnahme des StMI**

vom 15. Dezember 2003  
(IC1-1074.2-45)

Die erworbene Software „Marktplatz der Bayerischen Polizei“ wurde inzwischen weitgehend an die Anforderungen der Bayerischen Polizei angepasst, Testversionen wurden ausgeliefert und mit der Schulung der Multiplikatoren und künftigen Anwender begonnen. Außerdem wurde eine umfangreiche Bestandserhebung durchgeführt und die dabei gewonnenen Daten in das System übernommen.

Ab 2.1.2004 beginnt der Echtbetrieb des Materialwirtschaftsverfahrens für alle Verbände, allerdings zunächst nur mit dem Modul „Anlagenwirtschaft“. Die übrigen Module (insbesondere „Beschaffung“ und „Finanzverwaltung“) sollen schrittweise eingeführt werden mit dem Ziel, bis 1.7.2004 bei allen Verbänden das komplette System „Marktplatz der

Bayerischen Polizei“ einsetzen zu können.

Aussagen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit seien derzeit jedoch noch nicht möglich, weil erst abgewartet werden müsse, bis verwertbare Erkenntnisse aus dem Echtbetrieb vorlägen.

**Anmerkung des ORH**

Der ORH begrüßt, dass **nun endlich, 15 Jahre nach dem ersten Projektauftrag** durch das Staatsministerium, der Einsatz eines Materialwirtschaftsverfahrens bevor steht, mit dem nun auch eine dem Haushaltsrecht entsprechende Bestandsverwaltung durchgeführt werden kann. Der ORH erwartet darüber hinaus aber auch erhebliche Einsparungen beim Aufwand für Materialbeschaffungen, Lagerhaltung und Inventarisierung. Er wird dies im Rahmen einer Erfolgskontrolle zur gegebenen Zeit überprüfen.

**Beschluss des Ausschusses  
für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**  
vom 11. Februar 2004

Kenntnisnahme